

Mouvement écologique kritisiert „absurde“ Subventionspolitik

wort: 15.09.23

Umweltgewerkschaft nimmt in einer Studie nicht-nachhaltige Anreize ins Visier

Von Marc Schlammes

„Absurd.“ Kurz und klar resümiert Blanche Weber jene Subventionspolitik, die der angestrebten ökologischen Transition zuwiderläuft. Eigentlich seien finanzielle Anreize geeignete Instrumente, um den nachhaltigen Umbau des Wirtschaftsmodells hinzubekommen, so die Vorsitzende des Mouvement écologique; problematisch sei jedoch, dass immer noch zu viele Subventionen die bestehende Krisen zusätzlich befeuern würden.

Gemeinsam mit dem Forum Ökologische Marktwirtschaft (FÖS), einem Thinktank für Umweltschutz und Marktwirtschaft, hat der Méco den Versuch unternommen, die luxemburgische Subventionspolitik zu durchleuchten. Ein schwieriges Unterfangen, wie Blanche Weber angesichts einer bescheidenen Transparenz und des folglich fehlenden Zugriffs auf die entsprechenden Daten feststellt.

Rein zahlenmäßig gelangt FÖS-Mitgründer Kai Schlegelmilch dennoch zur Schlussfolgerung, dass hierzulande Subventionen zwischen 417 und 445 Millionen Euro keinen nachhaltigen Charakter haben. Das entspricht 0,57 Prozent des BIP und ist das Ergebnis einer Detailanalyse von fünf Subventionen in den Bereichen Energie (zum Beispiel die kostenfreie Zuteilung von CO₂-Emissionsberechtigungen), Landwirtschaft (beispielsweise die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik) und Verkehr (Beispiel Dienstwagenprivileg).

Für den Mouvement écologique geht es vor allem darum, eine Diskussion über die Subventionspolitik anzustoßen und die politisch Verantwortlichen gerade im Vorfeld der Chamberwahlen für die Problematik zu sensibilisieren. „Falsche Anreize müssen abgeschafft und vermieden werden“, lautet die Botschaft von Blanche Weber.

Die Frage nach dem politischen Willen

Bei der Vermeidung könnte der seit Juli bei gesetzlichen Initiativen notwendige Nachhaltigkeitscheck eine Rolle spielen. Die Méco-Vorsitzende ist allerdings skeptisch, ob die

vorgesehene Ausrichtung dieses Instruments, das unter anderem die Umweltgewerkschaft während vielen Jahren forderte, über den nötigen Tiefgang verfügt.

Dass umweltschädliche Subventionen abgeschafft gehören, dafür liefert Schlegelmilch drei Argumente. „Sie werden mit öffentlichen Mitteln finanziert, viele der Subventionen sind sozial ungerecht verteilt und die falsche Anreizstruktur führt zu einer ineffizienten, unnötig teuren und verzögerten nachhaltigen Transformation“, heißt es in seiner Studie.

Eine Studie, die vier Formen von Zuschüssen definiert und somit eine Gebrauchsanweisung ist, wo die Politik die Hebel ansetzen kann: Finanzhilfen (Beispiel Forschungsausgaben), Steuervergünstigungen (beispielsweise Agrardiesel), Regelungen mit Subventionscharakter (zum Beispiel der Steuervorteil beim Diesel) und nicht internalisierte externe Kosten (Beispiel Luftverschmutzung). Am einfachsten und am effizientesten lassen sich für Schlegelmilch die Hebel bei den Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ansetzen – wobei für ihn generell gilt, dass es stets eine Frage des politischen Willens sei. Als günstigsten Zeitpunkt zum Handeln erachtet er direkt nach den Parlamentswahlen.

Für alle Subventionen gelte zudem, dass man die Zielsetzung der Zuschüsse nicht aus den Augen verliere, betont der Experte. Sei ein Ziel erreicht, gehöre ein Zuschuss abgeschafft. Ein anderer Ansatz ist die degressive Gestaltung.

Gerade bei Anreizen, die den nachhaltigen Wandel stimulieren sollen, unterstreichen Blanche Weber und Kai Schlegelmilch die Notwendigkeit, einen Schub auszulösen, beispielsweise bei der Förderung der E-Mobilität. Irgendwann müsste aber auch diese Förderung zurückgefahren werden.

● **Falsche Anreize müssen abgeschafft und vermieden werden.**

Blanche Weber, Méco-Vorsitzende



Auch die Landwirtschaft gehört laut Studie zu jenen Bereichen, wo Zuschüsse umweltschädliche Folgen haben.
Foto: Anouk Antony